

# Blickpunkt Niedersachsen

Nr. 37

**Mitgliederinformation der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Niedersachsen e.V.**

## Machtvolle Demonstration in Berlin

### Herausragende Beteiligung der DSTG-Mitglieder aus Niedersachsen

Am 14. Dezember 2002 fanden sich über 40.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes zur Demonstration des dbb beamtenbund und tarifunion ein, um ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen.

Dass die DSTG als größte Fachgewerkschaft auch mit einer riesigen Zahl von Teilnehmern an dieser Veranstaltung teilgenommen hat, zeigen die auf dieser Seite abgedruckten Bilder eindrucksvoll.



Der Landesvorstand möchte sich an dieser Stelle bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihr Engagement bedanken. Dies insbesondere in Anbetracht der eisigen Temperaturen und teilweise strapaziösen Anreisen.

Nähere Informationen zur Demo sowie den Wortlaut der Reden finden Sie auf unserer Website, sowie den Internetseiten von DSTG und dbb und in den jeweiligen schriftlichen Publikationen auf undesebene.



### Aus dem Inhalt:

**DSTG mit Visionen zur Zukunft der nds. Steuerverwaltung  
Wowereit-Initiative/Vermögensteuer**

**Wir geben im Gegensatz zu Anderen keine Wahlempfehlung. Wir empfehlen aber am 2. Februar zur Landtagswahl zu gehen, denn wer hat schon die Chance, sich seine Chefs selber auszusuchen.**

## DSTG mit Visionen

### Arbeitsgruppe zur Zukunft der Steuerverwaltung tagte erstmals

In der letzten Ausgabe des Blickpunktes haben wir angekündigt, dass wir, der DSTG Landesverband, in den kommenden Monaten beabsichtigen, unsere Vision von der zukünftigen Gestalt der nds. Steuerverwaltung zu definieren..

Die einberufene Arbeitsgruppe hat nunmehr das erste Mal getagt. Eine Reihe von Ideen wurden zusammengetragen und „Visionen“ entwickelt.

In den kommenden Wochen werden die Mitglieder der

Arbeitsgruppe konkrete Vorschläge erarbeiten, die in einem Gesamtkonzept münden werden.

Wir wollen die Zukunft der niedersächsische Steuerverwaltung aktiv mitgestalten. Deshalb werden wir das Konzept im Frühjahr in die Diskussion mit den Spitzen der Verwaltung und - insbesondere nach den Landtagswahlen - mit den politisch Verantwortlichen einbringen.

Wir werden entsprechend berichten.

## DSTG Aktivitäten erfolgreich

### Land nimmt Abstand von den Plänen zur Wiedereinführung der Vermögensteuer

In die Ende des vergangenen Jahres geführte Diskussion über die Wiedereinführung der Vermögensteuer, insbesondere hervorgerufen durch unseren Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel, haben wir uns aktiv eingebracht.

Anfang Dezember 2002 hat die DSTG in gleichlautenden Schreiben an den Ministerpräsidenten und an Finanzminister Aller auf die Vorbehalte der DSTG und die für die Beschäftigten abzusehenden Auswirkungen hingewiesen.

Gleichzeitig haben wir dazu eine Presseinformation herausgegeben. Im Rundblick, dem politischen Sprachrohr in Hannover, wurde erfreulicher Weise darüber berichtet.

Mittlerweile liegen uns die Antworten aus der Staatskanzlei und von Finanzminister Aller vor.

Unser Beitrag wurde danach in die politische Meinungsbildung einbezogen - offensichtlich mit Erfolg; die nds. Landesregierung hat von ihren Plänen Abstand genommen.

Deutlich gemacht wird in den Antwortschreiben aber auch, dass das Land an seiner Absicht festhält, mehr Geld in Schule und Bildung zu investieren

Minister Aller hat unser Gesprächsangebot angenommen und seinerseits eine Terminvereinbarung angeboten.

Wir werden weiter berichten.

Die Anschreiben sowie unsere Pressemitteilung finden Sie auf unserer Website unter [www.dstg-nds.de](http://www.dstg-nds.de) unter der Rubrik Aktuelles/Archiv.

## An der Praxis vorbei

### Verordnungsentwürfe von ver.di zu Aus- und Fortbildung von Angestellten

Ver.di hat auf Bundesebene Verordnungsentwürfe zu Aus- und Fortbildung von Angestellten in der Steuerverwaltung vorgelegt. Vorgesehen sind u.a. eine dreijährige Ausbildung zum/zur Fachangestellten in der Steuerverwaltung, vergleichbar mit der Ausbildung des mittleren Dienstes; außerdem sollen weitere Qualifizierungsmaßnahmen für den Tarifbereich in Richtung des Aufstiegs zum gehobenen Dienstes eingeführt werden.

Die DSTG sieht ebenso wie das Niedersächsische Finanzministerium keine Notwendigkeit für diese Maßnahmen.

Neben verfassungsrechtlichen Bedenken bzgl. der Frage der Wahrnehmung von steuerfachlichen Aufgaben durch Angestellte aufgrund des Funktionsvorbehaltes in Art. 33 Abs. 4 GG sieht die DSTG keine Notwendigkeit neben der bewährten und regelmäßig an die aktuellen Notwendigkeiten angepassten Ausbildung des mittleren Steuerverwaltungsdienstes noch eine - zumal ein Jahr länger dauernde - Ausbildung im Angestelltenverhältnis einzuführen. Neue

Arbeitsplätze, wie von ver.di in den Entwürfen behauptet wird dies sicherlich nicht bringen. Vielmehr wird deutlich, dass ver.di offensichtlich - entgegen aller Beteuerungen - nur den Ausstieg aus dem Berufsbeamtentum sucht.

Die DSTG hat sich immer für die Förderung der Angestellten in der Steuerverwaltung ausgesprochen und beispielsweise bei der Förderung fortbildung aktiv eingesetzt. Für eine mögliche weitere Förderung der Angestellten in Richtung des Aufstiegs zum gehobenen Dienst ist es aber notwendig, dass im Vergleich zu den Kolleginnen und Kollegen des mittleren Dienstes entsprechende Voraussetzungen bzw. Qualifikationen vorliegen müssen.

Eine detaillierte Darstellung der Vorschläge im Einzelnen würde den Rahmen des Blickpunktes sprengen. Im übrigen halten wir dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt für nicht erforderlich.

Wir werden ggf. weiter berichten.

# DAS MEINT JÜRGEN HÜPER

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein ereignisreiches Jahr 2002 ist zu Ende gegangen. Die laufenden Tarifverhandlungen und das Vorhaben, im Bundesbesoldungsgesetz eine Öffnungsklausel einzufügen, haben am 14. Dezember 2002 dazu geführt, dass rd. 40000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Berlin demonstriert haben. In eindrucksvoller Weise haben die Teilnehmer an der Demonstration gezeigt, dass sie bereit sind, sich gegen weitere Ungerechtigkeiten zu wehren. Für diejenigen, die teilgenommen haben, war es ein beeindruckendes Erlebnis. Welcher Erfolg dadurch erreicht werden konnte, bleibt abzuwarten. Zumindest wurde zum Abschluss der ersten Tarifrunde und im jetzt laufenden Schlichtungsverfahren nicht mehr über eine „Nullrunde“ diskutiert.

Das Jahr 2003 fängt für uns Beschäftigte im öffentlichen Dienst deshalb gleich turbulent an, denn die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst sind, wie bereits gesagt, in vollem Gange (bei Abfassung dieses Berichts sind die Schlichtungsverhandlungen gerade beendet).

Wie und ob ein für den Tarifbereich erreichtes Ergebnis in die Beamtenbesoldung übernommen wird, bleibt abzuwarten.

Wie laufen Tarifverhandlungen ab und wer ist beteiligt?

Auf der Arbeitgeberseite sind es der Bund, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die Vertreter der Kommunen. Auf Arbeitnehmerseite ist es die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und **gleichberechtigt** die dbb-tarifunion. Die Arbeitgeber verhandeln in getrennten Sitzungen sowohl mit ver.di als auch mit der dbb-tarifunion. Das Arbeitgeberangebot wurde im Dezember von **beiden** Gewerkschaften abgelehnt und somit das Schlichtungsverfahren eingeleitet. Auch hier wird in kleinerem Rahmen (je 10 Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter) mit beiden Gewerkschaften gleichberechtigt verhandelt. Der Schlichterspruch, der am 6. Januar bekannt gegeben wurde (2,4 % zum 1.1.2003 und 0,6 % zum 1.1.2004 sowie eine Einmalzahlung), ist nach Presseverlautbarungen von den Arbeitgebern abgelehnt worden. In den ab dem 8. Januar wieder aufzunehmenden Tarifverhandlungen muss nun ein Ergebnis auf der Basis des Schlichtungsergebnisses verhandelt werden. Kommt es zu keiner Einigung, droht eine Urabstimmung, ob gestreikt werden soll oder nicht.

So weit das Verfahren.

Nun eine Anmerkung zur Berichterstattung über die laufenden Tarifverhandlungen. Hierbei wird der Eindruck erweckt, als wenn nur ver.di Tarifverhandlungen führen würde. Das ist aber nicht so. Wie bereits gesagt, verhandelt die dbb-tarifunion **gleichberechtigt** neben ver.di mit den Arbeitgebervertretern. Die Tatsache aber, dass die im Medienbereich Beschäftigten überwiegend in der IG Medien, also im Deutschen Gewerkschaftsbund, und jetzt mit anderen zusammen in ver.di organisiert sind, erklärt m.E.

eindeutig die einseitige Berichterstattung. Hinzu kommt, dass diese Tarifverhandlungen die ersten für ver.di –statt ötv- sind, und ver.di somit die öffentliche Selbstdarstellung nötig hat. Auch wenn die dbb-tarifunion nicht mit derart lautem Getöse und Säbelrasseln verhandelt, können wir dennoch sicher sein, dass unsere Interessen sowohl für den Tarif- als auch für den Beamtenbereich gut vertreten werden.

Was wird uns noch angesichts leerer öffentlicher Kassen erwarten?

Ich denke schon, dass bei einem klaren und durchschaubaren Sanierungskonzept für die öffentlichen Haushalte die Bürger bereit wären, Abstriche hinzunehmen. Das was aber aus Berlin und Hannover an unausgegorenen Maßnahmen angedacht oder gar ausgeführt wird durch Reformen, die nur Sparmaßnahmen zu Lasten der Bürger, aber nicht für den Staat sind, oder Steuergesetze, die das vorhandene Chaos nur vergrößern, sind nicht dazu angetan, Vertrauen in die politische Handlungsfähigkeit zu schaffen.

Eine klare Linie ist nicht zu erkennen und solange eine Reihe von Politikern der Auffassung ist, nicht zu Ende gedachte Vorschläge sofort über die Medien verbreiten zu müssen, werden die Bürger immer mehr verunsichert und das Vertrauen in die Politik wird immer geringer. Über Politikverdrossenheit darf man sich da nicht wundern.

In Niedersachsen wird am 2. Februar gewählt und wir können uns im Internet oder in der Presse die Wahlprogramme der Parteien zu Gemüte führen. Die Zielsetzungen der Parteien unterscheiden sich nicht wesentlich. Einmütigkeit besteht bei allen, weiter Personal abzubauen. Von Aufgabenreduzierung ist nichts zu lesen. Lehrer und Polizisten sollen zusätzlich eingestellt werden, gleichzeitig aber 6.500 oder gar 10.000 Stellen eingespart werden. Wie das funktionieren soll, wird nicht erläutert. Selbstverständlich ist auch für uns Bildung und innere Sicherheit ein wichtiges Gut; aber es muss auch finanziert werden. Und für die Einnahmen sind überwiegend wir in der Steuerverwaltung zuständig. Deshalb auch an dieser Stelle nochmals die Aufforderung an die Politik: **Versetzt uns endlich in die Lage, die Steuern, die dem Staat zustehen, auch festzusetzen und zu erheben.**

Wie der Presse zu entnehmen war, wenden die beiden großen Parteien SPD und CDU für den Wahlkampf in Niedersachsen 3,5 bzw. 2,5 Mio Euro auf. F.D.P. und Grüne begnügen sich mit geringeren Beträgen (375.000 und 190.000 Euro lt. HAZ vom 2.01.2003).



# DAS MEINT JÜRGEN HÜPER

Da wir in einer Parteiendemokratie leben, haben die Parteien auch eine Verantwortung für diesen Staat. Verantwortung kann und darf nicht nur beim Bürger eingefordert werden. Die Parteien würden einen sichtbaren Beweis ihrer Verantwortung für den Staat liefern, wenn sie einen Teil der Wahlkampfkosten von mehr als 6.5 Mio Euro zur Sanierung des Landeshaushalts spenden würden. Mit diesem Geld könnten sie einen Teil ihrer Wahlversprechen vorab einlösen und finanzieren. Die Erstattung der Wahlkampfkosten erfolgt später ohnehin aus dem Landeshaushalt.

Ob jemand für den Bürger wählbar ist, sollte sich eher an seinem/ihrem Handeln und an der Kompetenz ausrichten

und nicht an an allen möglichen Stellen aufgestellten oder aufgehängten Wahlplakaten.

Nach der Landtagswahl werden wir schlauer sein und unsere gewerkschaftspolitische Arbeit in gewohnt sachlicher Form weiterführen, unabhängig davon, wer nach dem 2. Februar Regierungsverantwortung trägt.

Bis dann verbleibe ich Ihr



Jürgen Hüper

## LANDESVORSTAND

### Internes Nominierungsverfahren

#### Wahlen im Jahr 2004

Mit Rundschreiben vom 10. Dezember 2002 hat der DSTG Landesvorsitzende Jürgen Hüper die Vorsitzenden der DSTG Ortsverbände angeschrieben und sie u.a. gebeten, bis zum 1. April 2003 Kandidatenvorschläge für die Wahlen zu den Stufenvertretungen – Hauptpersonalrat-Steuer beim Finanzministerium und Bezirkspersonalrat (Land) bei der Oberfinanzdirektion – und zum Landesvorstand der DSTG an den Geschäftsführenden Vorstand zu richten.

Danach wird die Wahlvorbereitungskommission, die sich aus acht Vertretern der Ortsverbände und drei Vertretern des Landesvorstandes zusammensetzt, ihre Arbeit aufnehmen.

Sie erstellt Vorschläge, die im September bei der Ortsverbandsvorsitzendenkonferenz zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung anstehen.

Die Wahlen zu den Stufenvertretungen werden voraussichtlich im März 2004, der Landesverbandstag der DSTG mit den Vorstandswahlen im September 2004 stattfinden.

Wer Interesse an einer Kandidatur hat, sollte sich mit seiner/seinem Ortsverbandsvorsitzenden bzgl. des Wunsches einer Benennung durch den Ortsverband in Verbindung setzen.

### Gewerkschaftsarbeit - wie geht das?

#### Seminar für Interessierte im März 2003

Der DSTG Landesvorstand bietet für an der Gewerkschaftsarbeit interessierte Mitglieder in der Zeit vom 5. bis 7. März 2003 ein Schulungsseminar an.

Das Seminar wird im Hotel Baumann's Hof in Kirchdorf durchgeführt.

Das Seminar richtet sich in erster Linie an erst seit kurzem den Ortsverbandsvorständen angehörenden Kolleginnen und Kollegen bzw. an interessierte Mitglieder ohne

Funktion. Die Teilnehmerzahl ist auf 15 Personen begrenzt.

Nähere Informationen sowie einen Programmwurf entnehmen Sie bitte unserer Website unter Mitglieder/Seminarausschreibungen.

Die Anmeldung hat zwingend über den Ortsverband zu erfolgen.

#### Impressum:

Herausgeber: DSTG Landesverband Niedersachsen e.V.; Verantwortlich: Jürgen Hüper, Berliner Allee 8, 30175 Hannover, Tel.: 0511/342044

FAX: 0511/3883902, e-mail: dstg-nds@t-online.de, Internet: www.dstg-niedersachsen.de

Redaktion, Layout und Anzeigenverwaltung: Sabine Köhler und Friedhelm Schäfer, Berliner Allee 8, 30175 Hannover

Auflage: 9200 Erscheinungsweise: zweimonatlich

Druck: Druckerei Hartmann, Weidendamm 18, 30167 Hannover

Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss.

## Wowereit-Vorschlag vom Tisch?

### Grundidee bleibt wohl aktuell

Der Vorschlag des Berliner Senats eine Öffnungsklausel im Bundesbesoldungsgesetz einzuführen, erweist sich als politisch nicht mehr mehrheitsfähig. Der Bundesrat, der sich mit dem Berliner Gesetzentwurf befasst, hat zwar noch nicht entschieden, aber die Signale aus den Bundesländern deuten darauf hin.

Sicherlich auch ein Ergebnis intensivster Bemühungen von

dbb und DSTG im politischen Raum in den letzten Wochen. Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss hat dabei auch die machtvolle Demonstration von dbb und DSTG am 14. Dezember in Berlin gehabt.

Zur näheren Information über die Thematik haben wir nachstehend eine Resolution des dbb-Landeshauptvorstandes vom 13. November 2002 abgedruckt.

#### Resolution

Gegen die beabsichtigte Aufhebung der  
bundeseinheitlichen Besoldung und  
Streichung der jährlichen Sonderzu-  
wendung und des Urlaubsgeldes

Die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten sind es endgültig leid, zum Ausgleich der chronischen Haushaltsdefizite der öffentlichen Kassen immer wieder mit neuen Sonderopfern ins Gespräch gebracht zu werden. Deshalb fordert der Landeshauptvorstand des dbb beamtenbund und tarifunion Landesbund Niedersachsen Ministerpräsident Sigmar Gabriel auf, sich im Bundesrat gegen eine Öffnungsklausel im einheitlichen Bundesbesoldungsgesetz auszusprechen.

In einer Presseerklärung befürworteten die Ministerpräsidenten der Länder Berlin, Sachsen und Schleswig-Holstein im Namen der Arbeitsgruppe der Länder eine Öffnungsklausel im einheitlichen Besoldungsgesetz. Die entsprechende Bundesratsinitiative ist durch das Bundesland Berlin erfolgt. Die Verabschiedung ist nunmehr für die Sitzung des Bundesrates am 20. Dezember 2002 geplant.

Mit der Öffnungsklausel sollen die Statusgruppen des öffentlichen Dienstes weiter gegeneinander ausgespielt und die Beamtinnen und Beamten erneut einseitig zu Sparmaßnahmen herangezogen werden, obwohl diese mit dem Dienstrechtsreformgesetz 1997, dem Versorgungsreformgesetz 1998 und dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 bereits erhebliche Einschnitte zur Verbesserung der Haushaltssituation haben hinnehmen müssen. Ferner bleibt unbeachtet, dass im Personalhaushalt des Landes durch den ständigen Personalabbau, die Nichtgewährung von Leistungsprämien und -zulagen sowie durch die Einführung der 40-Stunden-Woche und den Wegfall der Wahlleistungen bei der Beihilfe weitere erhebliche Einsparungen ausschließlich zu Lasten der Beamtenschaft vorgenommen wurden.

Aus Gründen der Gleichbehandlung aller Status- und Besoldungsgruppen widerspricht der dbb-Landeshauptvorstand nachhaltig jeder Öffnung des Bundesrechts.

Die Öffnungsklausel stellt einen eklatanten Verstoß gegen den allgemein anerkannten Grundsatz dar, wonach für gleiche und vergleichbare Dienstposten derselben Laufbahn im Hinblick auf die vom Träger des öffentlichen Amtes geforderte gleiche Tätigkeit, gleiche Leistung, gleiche Verantwortung und gleiche Arbeitslast, gleiche (und zwar eine der Bedeutung von Leistung und Verantwortung entsprechende) Besoldung gewährt wird. Deshalb wird der dbb eine Zersplitterung der über Art. 74 a GG seit 1975 gesicherten einheitlichen Besoldung und Versorgung mit allen politischen und rechtlichen Möglichkeiten entschieden bekämpfen.

Statt 16 Landes- und einer Bundesbesoldungsordnung braucht der öffentliche Dienst ein transparentes Bezahlungssystem, das für gleiche Ämter und gleiche Aufgaben einheitliche Besoldungsstrukturen sicherstellt.

Die zu befürchtende unterschiedliche Bezahlung von Hoheitsaufgaben wird dazu führen, dass die Bürger/innen in der Bundesrepublik Deutschland je nach Bundesland ein unterschiedlich stark ausgestattetes staatliches Angebot an öffentlich-rechtlichen Dienstleistungen in Anspruch nehmen können. Es liegt nicht im Interesse der Öffentlichkeit, dass z. B. ein Polizeihauptkommissar, der durch den täglichen Dienst in Niedersachsen Sicherheit gewährt, für diese Arbeit am Gemeinwohl schlechter besoldet wird als ein Polizeihauptkommissar in einem reicheren Bundesland wie Bayern oder Baden-Württemberg.

Eine ungleiche Besoldung für vergleichbare Dienstposten wird die Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs erheblich erschweren und damit eine personelle Ausblutung im öffentlichen Dienst zur Folge haben. Zudem befürchtet der dbb eine Abwanderungswelle leistungsstarker Beamten von den armen zu den reichen Bundesländern und auch in die Privatwirtschaft.

Die Politik ist aber auf einen funktionsfähigen öffentlichen Dienst angewiesen, wenn die Zukunft des Landes gemeistert werden soll.

Landesregierung und Parlament sind gut beraten, die Hinweise des dbb Niedersachsen zur Einnahmeverbesserung ernst zu nehmen. Der öffentliche Dienst ist nicht mehr bereit, die Folgen einer verfehlten Haushalts- und Personalpolitik auszubaden. Die Beamten in Niedersachsen werden wie in ganz Deutschland mit aller Kraft gegen die beabsichtigte Öffnungsklausel protestieren.

Der dbb wird sich mit dem gesamten Gewicht seiner über 1,2 Mio. Mitglieder gegen diesen Irrweg und diese weiteren Einschnitte bei der Bezahlung zur Wehr setzen.

Falsch wäre es aber zu glauben, dass die Triebfeder des Berliner Senats für die Gesetzesinitiative "im Beamtenbereich zur Haushaltssanierung sparen zu können, gerade wie man es braucht" damit von der Tagesordnung sei. Um das zu erreichen, wird noch einiges an Überzeugungs-

arbeit von dbb und DSTG in der Politik zu leisten sein.

Vielleicht wird es auch notwendig, mit Blick auf die desolante Haushaltslage von Bund, Ländern und Kommunen, sinnvolle Kompromisse einzugehen.

### **Geschäftsführender Vorstand**

#### **Landesvorsitzender:**

Jürgen Hüper (HPR) - MF

Tel.: 0511 1208325                      0511 342044

#### **Stellv. Landesvorsitzende:**

Günther Abeling (BPR) - FA Nienburg/Weser

Tel.: 0511 1012741

Sabine Köhler (HPR) - FA Verden/Aller

Tel.: 0170 5045868                      04231 919186

Friedhelm Schäfer(HPR) - FA Syke

Tel.: 0171 7044067                      0511 35398830

#### **Beisitzer/innen:**

Welf-Heinrich Bruch

Tel.: 05322 50554                      0511 342044

Ursula Japtok (BPR) - FA Hannover-Nord

Tel.: 0511 67906029

Christa Seever (BPR) - OFD-StH

Tel.: 0511 1012742

### **Beisitzer/innen im Landesvorstand**

Heike Bischoff - FA Syke

Tel.: 04242 162123

Bernd Borgfeld (HPR) - FA Hannover-Nord

Tel.: 0511 67906028

Dr. Thorsten Eichenauer - MF

Tel.: 0511 1208237

Kerstin Hübner - FA Vechta

Tel.: 04441 18133

Hartmut Hupka (BPR) - FA Osnabrück-Land

Tel.: 0541 5842121

Hans-Peter Pffor (BPR) - FA Delmenhorst

Tel.: 04221 153246

Markus Plachta - FA Helmstedt

Tel.: 05351 122216

Bernward Rölleke - FA Göttingen

Tel.: 0551 407365